



Hat die ehemalige Polizeizentrale in Pforzheim wieder eine Zukunft? Der Regionalverband fordert mit einer Resolution die Landesregierung auf, das Polizeipräsidium Karlsruhe zu teilen und in Pforzheim eine neue Führungsebene für den Nordschwarzwald zu bilden, die mit dem Stadtkreis und dem Enzkreis auch die beiden Landkreise Calw und Freudenstadt umfasst. FOTO: KETTERL, ARCHIV

Region will eigenes Polizeipräsidium

- Verband macht sich für eine Kurskorrektur der Polizeireform 2012 stark.
- Regionalräte fordern für den Nordschwarzwald ein Zentrum in Pforzheim.

RALF STEINERT
ENZKREIS/PFORZHEIM/
KREIS CALW/KREIS FREUDENSTADT

Noch zwei Wochen, dann will die Landesregierung die seit einigen Monaten erhsehnte Analyse der Polizeireform von 2012 vorlegen. Ob die grün-schwarze Koalition jetzt die bisherigen Zuschnitte ändert und in Pforzheim ein seit fünf Jahren gefordertes Polizeipräsidium doch noch einrichtet, ist unklar. Mit einer Resolution macht sich nun der Regionalverband im Endspurt der Debatten über die künftige Polizeipräsenz im Land für ein neues Polizeipräsidium Nordschwarzwald mit Sitz in Pforzheim stark. Die Versammlung nahm gestern in Calw-Hirsau im Kursaal bei zwei Gegenstimmen von grünen Regionalräten sowie einer Enthaltung die Willenserklärung mit großer Mehrheit an.

Die Ratsrunde beklagte Geburtsfehler bei der Bildung der Präsidien vor fünf Jahren. Der Zuständigkeitsbereich der Polizeizentrale in Karlsruhe, in der Pforzheim, der Enzkreis und der Landkreis Calw damals aufgingen, sei „größer als das ganze Bundesland Saarland“, sagte Verbandsvorsitzender Jürgen Kurz. Der Kreis Freudenstadt gehört seither zu Tuttlingen. „Die früher kurzen Dienstwege gingen verloren“, beklagte der SPD-Regionalrat Gert Hager, zugleich Pforzheims Oberbürgermeister. Die PZ hatte vor fünf Jahren den breiten Protest der Region gegen die umstrittene Änderung gebündelt und die zahlreichen Protestbriefe dem früheren Innenminister Reinhold Gall (SPD) übergeben.

Joachim Wildenmann von den Grünen kritisierte die Erklärung des Gremiums für ein neues Nord-

„Heute müssen wir unsere Stimme für ein Polizeipräsidium in Pforzheim erheben.“

Karl Röckinger, Landrat und Regionalrat (FWV) zu Joachim Wildenmann (Grüne), der die Resolution des Verbandes kurz vor der Entscheidung des Landes ablehnte.

Mario Weisbrich rückt im Regionalverband für Andreas Felchle nach

In der Versammlung des Regionalverbands im Calwer Stadtteil Hirsau hat sich der CDU-Regionalrat Andreas Felchle von den Kollegen verabschiedet. Felchle war 23 Jahre im Gremium. Er hört auf, nachdem er zum Vorsitzenden des Württembergischen Landessportbunds gewählt worden war. Der Maulbronner Bürgermeister verlässt auch den Kreistag. Felchles Platz in der CDU-Fraktion nimmt der Wimsheimer Rathauschef Mario Weisbrich ein. Vorsitzender Jürgen Kurz verpflichtete ihn aufs Amt. rst



Wechsel in der CDU-Fraktion: Mario Weisbrich (links) ersetzt Andreas Felchle (Mitte), Verbandschef Jürgen Kurz begrüßt den neuen Regionalrat. FOTO: MEDIKO

schwarzwald-Präsidium: „Was machen wir uns eigentlich an, so kurz vor der Entscheidung Forderungen zu stellen, bevor die Fakten der Polizei auf dem Tisch sind?“ Kürzere Wege biete ein Präsidium in Pforzheim auch nicht – „es würde auch bei dieser Lösung weite Wege für die Beamten geben.“

Das sahen die anderen Regionalräte jedoch ganz anders. Thomas Knapp (SPD) sagte, er habe schon 2012 dem Parteilfreund und Innenminister Gall vorgehalten, dass sich die Polizeireform besser an den Nordschwarzwald und da-

mit an die von der SPD politisch anvisierten 15 bis 16 Regionalkreise hätte anlehnen sollen. Die aktuelle Resolution des Verbandes mache den Willen einer Region mit rund 600 000 Menschen deutlich.

„Die Entscheidung gegen Pforzheim war damals falsch“, sagte Ulrich Büniger aus Wildberg als Fraktionssprecher der Freien Wähler (FWV). Das hörte der Pforzheimer OB gerne. „Das Sicherheitsempfinden der Bürger hat sich seit 2012 dramatisch verändert“, sagte der Pforzheimer Rathauschef und spielte auf die Kriminalität an. Die

Resolution komme zum richtigen Zeitpunkt: „Wir wollen vorher sagen, was wir wollen, und nicht wie die alte Fasnet hinterherlaufen.“ Der CDU-Fraktionsvorsitzende Günter Bächle aus Mühlacker sagte: „Der Regionalverband wird damit seiner Rolle als Sprachrohr der Region gerecht.“ Die Resolution solle „ausdrücklich politisch sein“, hielt Jürgen Kurz Wildenmann entgegen. Für Martina Kober (FWV) aus dem Landkreis Freudenstadt war ein weiterer Punkt wichtig: „Die Polizei muss vor Ort einfach mehr Kräfte haben.“